

Inhalt

<i>Vorwort</i>	V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XV

A. Präzisierung des Untersuchungsgegenstandes am Beispiel strategischer Allianzen

<i>I. Charakteristische Merkmale strategischer Allianzen aus ökonomischer Sicht</i>	2
<i>II. Wettbewerbsrechtliche Probleme strategischer Allianzen</i>	6
<i>III. Die Entscheidungspraxis der Europäischen Kommission</i>	11
1. Entscheidungen zu strategischen Allianzen	11
2. Allgemein großzügigere Beurteilung kartellrechtlicher Sachverhalte durch die Europäische Kommission	17
<i>IV. Perpetuierung der Zugangsbarrieren im Binnenmarkt</i>	26
<i>V. Der wachsende Bedeutungsverlust nationaler Wettbewerbs- behörden, insbesondere des Bundeskartellamts</i>	29
<i>VI. Problemstellung</i>	32

B. Anwendbares Recht und Anwendungszuständigkeit

<i>I. Die Anwendungsbereiche europäischer und nationaler Bestimmungen gegen Wettbewerbsbeschränkungen</i>	38
1. Der Anwendungsbereich der Wettbewerbsregeln des EG-Rechts	38
a) Kartelle und mißbräuchliche Verhaltensweisen – die Zwischenstaatlichkeitsklausel in Artt. 85, 86 EGV	38
b) Anwendbares Recht für Unternehmens- zusammenschlüsse	47
aa) Abgrenzung gegenüber nationalem Kartellrecht – die Kriterien „Zusammenschluß“ und „gemeinschaftsweite Bedeutung“ in Artt. 1 und 3 EG-Fusionskontrollverordnung	47
bb) Anwendbarkeit primären EG-Vertragsrechts auf Unternehmenszusammenschlüsse?	53
2. Der Anwendungsbereich des deutschen Kartellrechts ...	58
3. Zusammenfassung	63
<i>II. Die Verteilung der Anwendungszuständigkeiten zwischen den Wettbewerbsbehörden</i>	65
1. Verwaltungszuständigkeit zur Anwendung des deutschen Kartellrechts	65

2. Verwaltungszuständigkeiten zur Anwendung europäischen Kartellrechts	68
a) Die Situation vor Inkrafttreten der EG-Kartellverordnung	68
b) Die Zuständigkeitsverteilung nach Inkrafttreten der EG-Kartellverordnung	70
aa) Zuständigkeiten vor Erlaß einer formellen Kommissionsentscheidung	70
bb) Zuständigkeiten nach Erlaß einer formellen Kommissionsentscheidung	74
c) Die Sonderregelung der EG-Fusionskontrollverordnung für Unternehmenszusammenschlüsse	78
III. Zwischenergebnis	80

C. Das Verhältnis europäischer und nationaler Wettbewerbsordnungen nach gegenwärtigem Verständnis

I. Normative Ausgangssituation	83
II. Unternehmenszusammenschlüsse	84
III. Kartelle und Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	86
1. Die klassische Zweischrankentheorie	87
a) Aussagen der Zweischrankentheorie	87
b) Argumente für die Zweischrankentheorie	89
c) Kritik an der Zweischrankentheorie	92
2. Die Einschränkungstheorie	96
a) Aussage und Begründung der Einschränkungstheorie	96
b) Kritik an der Einschränkungstheorie	99
3. Vermittelnde Theorien	102
4. Die Entscheidung des EuGH in der Sache „Walt Wilhelm/Bundeskartellamt“	104
5. Die Rechtsentwicklung nach der Entscheidung „Walt Wilhelm“	111
a) Reaktionen der Kartellbehörden	111
b) Reaktionen der Gerichte und der Generalanwälte	115
c) Entwicklung des Meinungsstands in der Literatur	121
d) Zusammenfassung – die modifizierte Zweischrankentheorie	130
IV. Schwachstellen der modifizierten Zweischrankentheorie	131
1. Mangelnde Differenziertheit der Problemerkörterung	131
2. Überinterpretation des EuGH	133
3. Rechtsgrundlagen für die Ausdehnung der Vorrangregel auf Verwaltungsentscheidungen der Gemeinschaftsorgane?	136
4. Neue Veränderungen in der Verfassungsstruktur der Gemeinschaft	139

D. Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Europäischer Kommission und Bundeskartellamt

<i>I. Vertragsunmittelbare Schranken der Gemeinschaftskompetenzen auf dem Gebiet der Wettbewerbsaufsicht</i>	142
1. Wettbewerbspolitik als Teil der Wirtschaftspolitik	142
2. Verteilung der Kompetenzen im Bereich „Wettbewerbspolitik“ zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten	145
a) Systematischer Lösungsansatz – instrumentale Zuordnung der Wettbewerbspolitik im Rahmen von Art. 2, 3 a I EGV	147
b) Konkurrierende Kompetenzen im Bereich Wettbewerbspolitik	149
3. Kompetenzzuordnung für die wirtschaftspolitischen Aspekte des Wettbewerbsschutzes	155
4. Zwischenergebnis – Das Kompetenzsystem des EWG-Vertrages für den Aufgabenkomplex „Wettbewerbsaufsicht“	158
<i>II. Offizielle Stellungnahmen der Gemeinschaftsorgane zur Beteiligung nationaler Kartellbehörden</i>	159
<i>III. Der Einfluß des Subsidiaritätsprinzips auf die wettbewerbsrechtlichen Kompetenzen der Gemeinschaftsorgane</i>	167
1. Entstehungsgeschichte und Regelungsgehalt	167
2. Das Subsidiaritätsprinzip in der Auslegung von Gemeinschaftsorganen und Behörden der Mitgliedstaaten	175
3. Der Anwendungsbereich des Subsidiaritätsprinzips	178
a) Ausschließliche und konkurrierende Zuständigkeit ...	178
b) Geltung für den Verwaltungsvollzug?	182
c) Subsidiarität bei Anwendung von Europarecht	183
d) Subsidiarität im Verhältnis zwischen nationalem und europäischem Kartellrecht?	184
4. Auswirkungen auf die wettbewerbsrechtlichen Kompetenzen der Gemeinschaftsorgane	185
a) Subsidiarität im Verhältnis zu Eingriffen nationaler Behörden nach nationalem Kartellrecht	186
b) Subsidiarität im Verhältnis zu Maßnahmen nationaler Behörden aufgrund europäischen Kartellrechts	188
c) Entscheidungszuständigkeit für Subsidiaritätsvoraussetzungen	191
<i>IV. Die Handlungsmöglichkeiten des Bundeskartellamts – erweiterte Kompetenzen nach Maastricht?</i>	196
1. Maßnahmen des Bundeskartellamts aufgrund des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	197

a)	Reflexwirkungen des Subsidiaritätsprinzips auf die Kompetenzen der nationalen Kartellbehörden zur Durchsetzung nationalen Rechts	197
aa)	Die Wirkungen des Subsidiaritätsprinzips für nationale Behörden	197
bb)	Abkehr von einem formalistischen Verständnis des Prinzips vom Vorrang des Gemeinschaftsrechts	198
cc)	Einschränkung der materiellen Präklusionswirkung von Freistellungsentscheidungen	205
dd)	Materielle Präklusionswirkung sonstiger Rechtsakte von Gemeinschaftsorganen?	207
b)	Pflicht zum Eingreifen nach Art. 5 EGV?	213
aa)	Regelungsgehalt und Funktion von Art. 5 EGV ..	214
bb)	Einflüsse auf die Kompetenzen nationaler Kartellbehörden	217
c)	Zwischenergebnis	218
2.	Maßnahmen des Bundeskartellamts aufgrund europäischen Wettbewerbsrechts	220
a)	Reflexwirkungen des Subsidiaritätsprinzips auf die Kompetenzen der nationalen Kartellbehörden zur Anwendung von EG-Kartellrecht	220
aa)	Ausschluß mitgliedstaatlicher Kompetenzen nach Art. 9 Abs. 3 Verordnung (EWG) Nr. 17/62 ..	220
bb)	Materielle Präklusionswirkung von Rechtsakten der Gemeinschaftsorgane	224
cc)	Freistellungsmonopol der Europäischen Kommission nach Art. 9 Abs. 1 Verordnung (EWG) Nr. 17/62	226
b)	Pflicht zum Eingreifen aus Art. 5 oder Art. 88 EGV? ..	227
c)	Zwischenergebnis	230

E. Die verfahrensrechtlichen Wirkungen von Rechtsakten der Gemeinschaftsorgane

<i>I. Verbot nach Europarecht und Erlaubnis nach nationalem Recht</i>	<i>232</i>
<i>II. Verbot des Bundeskartellamts nach Erlaubnisentscheidung der Europäischen Kommission</i>	<i>233</i>
1. Freistellungsentscheidungen der Europäischen Kommission	238
a) Rechtsnatur und verfahrensrechtliche Wirkungen von Freistellungsentscheidungen	238
b) Möglichkeiten für gegenläufige Maßnahmen nationaler Kartellbehörden?	240

2. Gruppenfreistellungsverordnungen	241
3. „Comfort letters“	241
4. Negativatteste	243
a) Rechtsnatur und verfahrensrechtliche Wirkungen von Negativattesten	243
b) Möglichkeiten für ein Einschreiten nationaler Behörden?	250
<i>III. Zwischenergebnis</i>	251

F. Schlußbetrachtung – Die materielle Vorrangtheorie und ihre praktische Umsetzung

<i>I. Zusammenfassung der Ergebnisse – Vorrang der materiellen Vertragsziele</i>	252
<i>II. Praktische Auswirkungen der materiellen Vorrangtheorie</i> ...	256
<i>III. Gerichtliche Klärung der Vorrangfrage</i>	258
<i>IV. Schlußbemerkung</i>	265
<i>Literaturverzeichnis</i>	267
<i>Stichwortverzeichnis</i>	289